

**Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Kultur,
Schule und Sport am 16.09.2008, 17:03 Uhr, Lehrerzimmer, I. OG,
Theodor-Heuss-Realschule, Holtwicker Straße 4, 48653 Coesfeld**

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Georg Veit	Pro Coesfeld	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Michael Banneyer	Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V.	
Frau Annette Bischoff	Pro Coesfeld	
Frau Marita Gerdemann	CDU	ab 17.35 Uhr / Vertretung für Frau Exner
Herr Dieter Goerke	CDU	
Herr Klemens Nolte	CDU	
Herr Michael Quiel	CDU	
Frau Birgitta Sparwel	SPD	bis 19.35 Uhr
Herr Heinrich Sühling	CDU	Vertretung für Herrn Borgelt
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Vogt	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Andreas Hinz	Katholische Kirchengemeinde	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	ab 17.15 Uhr
Frau Heike Leopold	Evangelische Kirchengemeinde	
Herr Norbert Vogelwohl	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	
Herr Dr. Hans-Hermann Westermann	FBL 43	
Herr Hubert Hessel	FBL 51	
Herr Christian Fleige	FB 51	

Schrifführung: Herr Christian Fleige

Herr Georg Veit eröffnet um 17:03 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:50 Uhr.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. IV. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Coesfeld
Vorlage: 149/2008
3. Bericht über die Ausführung des Budgets 04 - Kultur und Weiterbildung - Teilbudget Kultur
Vorlage: 185/2008
4. Ganztagsoffensive des Landes
Vorlage: 213/2008
5. Auflösung der Kardinal-von-Galen-Schule Goxel
Vorlage: 217/2008
6. Errichtung einer Verbundschule Rosendahl - Legden
Vorlage: 224/2008
7. Workshop - Langfristige Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 225/2008
8. Bericht über die Ausführung des Budgets 51 - Teilbudget Bildung und Freizeit
Vorlage: 220/2008
9. Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Ausschussmitglieder in einer Schweigeminute des verstorbenen Ratsherrn Erwin Guldenhöven.

Erledigung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung verteilt eine aktualisierte Übersicht zum Budgetbericht für das Teilbudget Bildung und Freizeit (TOP 8) sowie eine Aufstellung der aktuellen Schülerzahlen. Da eine Schule im Nachhinein die gemeldeten Zahlen korrigierte, ist diesem Protokoll eine berichtigte Übersicht beigefügt.

TOP 2 IV. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Coesfeld Vorlage: 149/2008

Beschluss:

Es wird beschlossen, die als Entwurf beigefügte IV. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Coesfeld zu erlassen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

TOP 3 Bericht über die Ausführung des Budgets 04 - Kultur und Weiterbildung - Teilbudget Kultur Vorlage: 185/2008

Der Fachausschuss für Kultur, Schule und Sport nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4 Ganztagsoffensive des Landes Vorlage: 213/2008

Herr Dr. Robers erläutert die Ganztagsoffensive des Landes mit ihren drei Programmen

- Pädagogische Betreuung (Geld oder Stelle)
- Gebundene Ganztagsrealschulen und Ganztagsgymnasien
- 1000-Schulen-Programm

Er weist darauf hin, dass die Verwaltung zunächst die räumlichen Konzepte erarbeite, die dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden sollen. Zur Einhaltung der Antragsfristen sei ein zusätzlicher Sitzungstermin vor der November-Sitzung des Rates (20.11.2008) erforderlich.

Herr Goerke begrüßt die Offensive des Landes, bedauert aber die kurzen Antragsfristen sowie die Vorgabe, dass der Ganztagsbetrieb nicht zügewise, sondern nur mit der kompletten Jahrgangsstufe 5 aufgenommen werden darf.

Lt. Herrn Dr. Robers überprüft das Land derzeit zahlreiche Eingaben der Kommunen zur Forderung nach einer zügweisen Einführung des Ganztagsbetriebes. Auch die Stadt Coesfeld habe eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Es bleibe abzuwarten, ob das Land diesem Wunsch in künftigen Programmen entsprechen werde.

Herr Vogt bezeichnet die Landesmaßnahme als einen Schnellschuss. Er plädiert für ein einheitliches System für alle weiterführenden Schulen. Entweder sollten alle Schulen ganztags oder halbtags geführt werden.

Alle übrigen Fraktionen sind einhellig der Auffassung, dass die Wünsche der Schulkonferenzen zu respektieren seien. Sollten Coesfelder Schulen den Ganztag wünschen, werde der Ausschuss die Anliegen unterstützen.

Beschluss (1):

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen des 1000-Schulen-Programms, in Abstimmung mit den weiterführenden Schulen Planungen hinsichtlich der notwendigen Raumbedarfe und der erforderlichen Investitionen zur Einrichtung geeigneter Räume für die Ausgabe von Verpflegung bzw. den Aufenthalt von Schülerinnen und Schülern aufzunehmen. In der nächsten Sitzung sollen die geplanten Baumaßnahmen und Kostenschätzungen durch die Verwaltung vorgestellt und beraten werden.

Beschluss (2):

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, in weiteren Gesprächen und in Abstimmung mit der Theodor-Heuss-Realschule die notwendigen und möglichen Rahmenbedingungen für eine Umwandlung in eine Ganztagsrealschule, insbesondere die räumlichen Voraussetzungen im Schulzentrum, unter Berücksichtigung und Beteiligung der beiden anderen Schulen im Schulzentrum zu klären. Falls sich die Theodor-Heuss-Realschule für den Ganztag entscheidet, soll das Konzept in der nächsten Sitzung vorgestellt und beraten werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (1)	11	0	0
Beschluss (2)	11	0	0

Herr Goerke weist darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen für die in 2003 gefassten Beschlüsse nicht geändert hätten und insofern keine weitere Beratung erforderlich sei.

Auf Anfrage von Frau Vennes teilt Herr Hessel mit, dass die Kinder aus dem früheren Schulbezirk der Kardinal-von-Galen-Schule Goxel künftig die gewünschte Schule im Rahmen der Bestimmungen des Schulgesetzes frei wählen können.

Auf ihre Frage, wie die künftige Nutzung des Schulgebäudes aussehen könnte, teilt Herr Backes mit, dass zunächst die jetzige Beteiligung von Ausschuss und Rat abgewartet werden musste. Einen Vorschlag zur künftigen Verwendung werde die Verwaltung den zuständigen Gremien in nächster Zeit vorlegen.

Hinsichtlich der Übernahme der Schüler der Kardinal-von-Galen-Schule Goxel durch die Laurentiusschule weist Frau Bischoff auf mögliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem an der Laurentiusschule praktizierten jahrgangsübergreifenden Unterricht hin. Herr Hessel teilt mit, dass im November ein Abstimmungsgespräch der beteiligten Schulen stattfinden soll.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6

Errichtung einer Verbundschule Rosendahl - Legden Vorlage: 224/2008

Herr Dr. Robers informiert den Ausschuss, dass nach Versand der Sitzungsunterlagen ein Schreiben eingegangen sei, in dem die Gemeinde Rosendahl mitteilt, dass sie auf der Grundlage eines Entwurfs zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Planungszeitraum 2008-2012 und einer durchgeführten Machbarkeitsstudie für die derzeitige Hauptschule in Osterwick und die derzeitige Hauptschule in Legden mit Nachdruck die Planungen zur Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010 betreibe. Dieses Schreiben sei den Ausschussmitgliedern nachträglich per E-Mail zur Verfügung gestellt worden.

Vorgesehen sei für die Verbundschule in gemeinschaftlicher Trägerschaft der Gemeinden Legden und Rosendahl, dass die beiden Hauptschulen zu einer mindestens zweizügigen Hauptschule Legden – Rosendahl zusammengefasst werden. Zusätzlich sei vorgesehen, einen neuen Realschulzweig an dieser Hauptschule gemäß § 83 Abs.1 S.2 Schulgesetz anzugliedern. Hinsichtlich der Standorte sei geplant, die Hauptschüler aus beiden Gemeinden, mit Ausnahme der Jahrgangsstufen 5 und 6 der Schüler aus Rosendahl am Standort Legden zu beschulen. Am Standort Osterwick sollten dann die Jahrgänge 5 und 6 der Hauptschüler aus Rosendahl und zugleich die Realschüler aus den Ortsteilen Holtwick und Osterwick sowie einzelne Schüler aus dem Ortsteil Darfeld und einzelne Schüler aus der Gemeinde Legden beschult werden. Für die Jahrgangsstufen 5 bis 10 der Realschule rechne man in der Regel mit einer Zweizügigkeit. Der Realschulzweig sollte auf maximal zwei Züge begrenzt werden.

Gem. § 80 Abs. 1 Schulgesetz seien Schulträger verpflichtet, für ihren Bereich eine mit den Planungen benachbarter Schulträger abgestimmte Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Vor diesem Hintergrund bitte die Gemeinde Rosendahl „wegen des engen Zeitplanes für die weitere Beratung im Schul- und Bildungsausschuss sowie im Rat der Gemeinde Rosendahl“ um die Stellungnahme der Stadt Coesfeld bis zum 13.10.2008.

Die verwaltungsseitige Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes zeige, dass bis zum Schuljahr 2017/18 unter gleichbleibenden Übergangsquoten und unter Abzug der Rosendahler Schüler nur eine Vierzügigkeit in Coesfeld erreicht werde. Nach dem Ausbau der Freiherr-vom-Stein-Schule im Jahr 2003 zu einer vierzügigen Realschule sei somit denkbar, dass bei Ausbleiben der Rosendahler Schüler, alle Coesfelder Schüler in dieser Schule beschult werden könnten. Die Theodor-Heuss-Realschule sei daher aus Sicht der Verwaltung langfristig in ihrem Bestand konkret gefährdet.

Mit Hinweis auf die vor wenigen Jahren mit einem Aufwand von rd. 4 Mio. Euro erweiterte Freiherr-vom-Stein-Realschule erklärt Herr Dr. Robers, dass es nicht vertretbar sei, dass bestehende Infrastrukturen in ihrem Bestand gefährdet werden.

Eine Genehmigung der beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahme durch die Bezirksregierung bedürfe der Zustimmung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung. In zwei Erörterungsterminen seien sowohl der Bezirksregierung Münster als auch dem Ministerium bereits erhebliche Bedenken mitgeteilt worden.

Herr Dr. Robers weist darauf hin, dass sich das Ministerium auch schon über den im Schulgesetz geforderten regionalen Konsens hinweg gesetzt habe. In diesen Fällen sei – so das Ministerium – die Sachlage allerdings relativ klar gewesen. Da der vorliegende Fall aber in Coesfeld und Billerbeck besondere Auswirkungen habe und die Situation sich als schwierig darstelle, messe man diesem Verfahren auch besondere Bedeutung für zukünftig anstehende vergleichbare Fälle zu. Es sei davon auszugehen, dass das Land auch besonders kritisch prüfen werde.

Herr Kraska weist darauf hin, dass auch bei der geplanten Verbundschule weiterhin Rosendahler Schüler auf die Beförderung in einen Nachbarort angewiesen sind. Es gehe der Gemeinde Rosendahl nicht um die Kinder, sondern um den Erhalt der Hauptschule.

Lt. Herrn Goerke müsse alles getan werden, die Bestandsgefährdung einer Realschule in Coesfeld abzuwenden. Das Schulangebot sei auch unter Berücksichtigung des Bedarfes der umliegenden Gemeinden geschaffen worden.

Frau Bischoff erinnert an die Realschuldiskussion im Rahmen der Schulentwicklungsplanung im Jahr 2007. Sie befürwortet den Vorschlag der Verwaltung, die Planungen der Gemeinde Rosendahl nicht zu unterstützen und weist darauf hin, dass die Gemeinde zu dem im vergangenen Jahr fortgeschriebenen Schulentwicklungsplan der Stadt Coesfeld keine Einwände in Bezug auf die aus Rosendahl berücksichtigten Schüler erhoben habe. Mit dem Schulentwicklungsplan habe die Stadt der Nachbargemeinde eine vernünftige Beschulung zugesichert. Die Schulentwicklungsplanung müsse allen Beteiligten Planungssicherheit geben. Zudem seien die Rosendahler Eltern nicht befragt worden. Die Machbarkeitsstudie enthalte im Übrigen keine Gewichtung der Qualität der vorgesehenen Verbundschule.

Herr Vogt unterstreicht, dass in die Coesfelder Schulen erheblich investiert wurde und unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Vogelpohl vertritt die Auffassung, dass die von Rosendahl und Legden geplante Maßnahme nicht das Wohl der Kinder berücksichtige und die Bildungslandschaft schwächen würde. Es müsse eine abgestimmte gemeinsame Lösung für die Region gefunden werden.

Auf die Frage von Frau Vennes, ob die Rosendahler Schüler auch nach Errichtung einer Verbundschule eine Realschule in Coesfeld wählen könnten, antwortete Herr Dr. Robers, dass dies grundsätzlich möglich sei.

Herr Hinz hebt noch mal hervor, dass die Politik und Verwaltung mit Rücksicht auf den Bedarf der Nachbargemeinden viel Geld in das bestehende Schulangebot investiert habe. Er beanstandet die Geschwindigkeit, mit der die Gemeinde Rosendahl vorgeht und befürchtet als Ergebnis ein weniger qualifiziertes Bildungsangebot.

Beschluss:

Es wird beschlossen, im Rahmen der Abstimmung nach § 80 des Schulgesetzes zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl hinsichtlich der Absicht, eine Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/10 einzurichten, Bedenken anzumelden und die Auswirkungen, die sich für die Stadt Coesfeld daraus ergeben, vorzutragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

TOP 7

**Workshop - Langfristige Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 225/2008**

Aus einer intensiven Diskussion stellte sich eine Mehrheit für einen Termin im Januar 2009 heraus.

Der Teilnehmerkreis sollte lt. Frau Vennes aus Verwaltung, Politik, Schulleiter und Schülerververtretungen bestehen.

Herr Goerke schlägt vor, dass zunächst Verwaltung und Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung tagen und in einer zweiten dann öffentlichen Sitzung die Schulleiter und Vertreter des Planungsbüros hinzu kommen.

Herr Dr. Robers weist darauf hin, dass der Gedanke dieses Workshops aus der Diskussion der letzten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung entstanden sei. Das Planungsbüro habe seinerzeit ein informelles Zusammenkommen vorgeschlagen. Dieser Workshop sollte kein zusätzliches Gremium bilden, sondern nur ein Mal speziell zu diesem Thema stattfinden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, zu einem Workshop „Langfristige Schulentwicklungsplanung“ einzuladen. Der erste Termin soll im Januar 2009 nichtöffentlich mit Verwaltung und Mitgliedern des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport stattfinden. Anschließend ist ein Termin auch unter Beteiligung eines Planungsbüros und möglicherweise Schulvertretern vorgesehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

TOP 8	Bericht über die Ausführung des Budgets 51 - Teilbudget Bildung und Freizeit Vorlage: 220/2008
--------------	---

Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9	Anfragen
--------------	-----------------

Auf Anfrage von Herrn Vogelpohl teilt Herr Hessel mit, dass im Rahmen des Aufnahmeverfahrens an den weiterführenden Schulen, soweit nicht alle Anmeldewünsche erfüllt werden können, gem. den Schulvorschriften eine Abstimmung zwischen Schulleitung, Schulaufsicht und Schulträger erfolgt.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Vogelpohl antwortet Herr Dr. Westermann, dass durch die Vorbereitung und Durchführung des Stadttheaterfestes Überstunden entstanden seien, die in ruhigeren Zeiten wieder abgefeiert werden sollen.

Die Verwaltung sagt auf Anfrage von Frau Vennes zu, hinsichtlich der getroffenen Kostensenkungsmaßnahmen im Sportbereich zur nächsten Sitzung den angekündigten Zustands- und Erfahrungsbericht vorzulegen.

Herr Hessel teilt in Beantwortung einer weiteren Frage von Frau Vennes mit, dass ein Spielgerät an der Fröbelschule abgebaut werden musste, da nach Prüfung durch den Baubetriebshof Sicherheitsmängel festgestellt worden seien und eine Reparatur wirtschaftlich nicht vertretbar sei. Es sollen möglichst ein oder zwei Spielgeräte des früheren Spielplatzes am Richters Weg bereit gestellt werden.

Herr Vogt teilt mit, dass lt. Aussage eines schulpolitischen Sprechers der CDU Landtagsfraktion künftig Schulklassen mit mehr als 30 Kindern geteilt werden sollen. Herr Dr. Robers erklärt hierzu, dass sich die Stadt nach den geltenden Vorschriften richte. Eine Neuregelung sei bislang nicht bekannt geworden. Im Übrigen handele es sich bei der Klassenbildung um eine innere Schulangelegenheit, bei der der Schulträger lediglich in Einzelfällen beteiligt werde.

Die Frage von Herrn Banneyer, ob zur Vorbereitung des Stadttheaterfestes eine mehrtägige Dienstreise einer Kollegin erforderlich war, wird von Herrn Dr. Westermann bejaht.

Auf eine Anfrage von Herrn Nolte teilt Herr Backes mit, dass ein Bereitschaftsdienst zur Mängelbehebung auf Spielplätzen an Wochenenden nicht besteht.

Ausschussvorsitzender

Schriftführer

###